

Bericht über die Generalversammlung des Landesmusikrats (LMR)

vom 4.12.2017

Arno Eberhard (Vertreter des BMU im LMR)

Die diesjährige Generalversammlung des Landesmusikrats hatte sich neben der Wahl eines neuen Präsidenten – als Nachfolgerin von Hubert Kolland wurde Frau Hella Dunger-Löper gewählt (ehem. Staatssekretärin für Stadtentwicklung, von 2011 bis 2016, Vertreterin des Landes Berlin beim Bund und Beauftragte für gesellschaftspolitisches Engagement, seit 2016 Vorsitzende der Deutschen Klassenlotterie) – ein interessantes Thema für eine Podiumsdiskussion vorgenommen.

Zur Debatte stand die Frage nach „Musikvermittlung im Spannungsfeld zwischen Schule, Musikschule, Hochschule, Bildungsverwaltung, Politik und außerschulischen Bildungsträgern in Berlin“.

Interessant war, die unterschiedlichen Perspektiven und Interessen der Akteure auf dem Gebiet der Musikvermittlung in Berlin vor Augen geführt zu bekommen.

Dr. Jens Renger, der Vertreter der Schulmusik (Fachseminarleiter und Fachbereichsleiter am C. Ph. E. Bach-Gymnasium) verwies auf die Aufgabe des Musikunterrichts, neben der Elementararbeit die verschiedenen außerschulischen Angebote und Projekte (Opern-, Konzertbesuche, Musikschulangebote etc.) in das schulische Lernen zu integrieren. Er setzte den Schwerpunkt eindeutig auf den allgemeinen Musikunterricht, zu dem außerschulische Projekte nur eine Ergänzung sein können.

Rainer O. Brinkmann, Vertreter des Education Programms der Staatsoper, versteht seine Arbeit in der Ergänzung und Unterstützung des schulischen Musikunterrichts. In der langjährigen Zusammenarbeit mit den Schulen habe man dazugelernt und z. B. Lehrpläne und die speziellen schulischen Zeitabläufe stärker in die eigenen Bildungsangebote für die Schulen einbeziehen können, bei allen Schwierigkeiten, die der Opernbetrieb mit sich bringt.

Die Vertreterin der UdK, Frau Dr. Rebekka Hüttmann, musste sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, die Musikhochschule bilde am Musiklehrerbedarf vorbei. Dies kam vor allem auch in den Ausführungen von Herrn Thomas Duvenek, dem Leiter der Abteilung II der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zum Ausdruck. Er stellte die hohen Einstiegsriterien in das Studium der Schulmusik zur Debatte und kritisierte die zu geringe Zahl der Absolventen. Frau Dr. Hüttmann hob ihrerseits die Anstrengungen der Hochschule hervor, in letzter Zeit die Zahl an ausgebildeten Musiklehrern stark erhöht zu haben. Sie wünschte sich für ihre Arbeit eine bessere Verknüpfung der Hochschulausbildung mit der Schulpraxis.

Die politische Vertreterin Frau Dr. Maja Lasi[□] von der SPD verwies auf die schnell wachsende Stadt und die mit ihr wachsenden Ansprüche an die Schulpolitik. Sie stellte als Kurzzeitperspektive vor, die Mangelsituation an Musiklehrern mit Hilfe von Quereinsteigern zu bewältigen. Auf Nachfragen wurde von ihr noch einmal betont, dass dies nur eine kurzfristige Notlösung sein könne. An dieser Stelle äußerten Vertreter der Musikschulen ihr Befürchtung, dass viele qualifizierte Instrumentallehrer an die Schulen abwandern könnten und dadurch den Musikschulen fehlen würden.

Mittelfristig solle nach Auskunft von Frau Lasi[□] die hinreichende Ausbildung von Musiklehrern jedoch von den Hochschulen geleistet werden. Hierzu gebe es Verhandlungen mit den Hochschulen und es werde auch darüber nachgedacht, den Beruf des Musiklehrers über die Bezahlung attraktiver zu machen.

Einen weiteren Aspekt brachte Hubert Kolland, bislang Präsident des LMR, in die Diskussion, indem er die Forderung aufstellte, dass das Musiklehrerstudium für Grundschullehrer entlastet werden solle durch den Wegfall eines der beiden Pflichtfächer Deutsch oder Mathematik zugunsten von Musik.

Die Position der Musikschulen vertrat Chris Berghäuser, Leiter der Musikschule Béla Bartok in Pankow. Er betonte vor allem die Rolle der Musikschulen in der Vorbereitung der Studenten auf ihr Musikstudium, die individuelle Betreuung der Schüler und überhaupt auf die grundlegende Bedeutung des Beherrschens eines Musikinstruments.

Herr Duvenek schlug in diesem Zusammenhang vor, die „Senatsrunde“, eine informelle Gesprächsrunde von Schulmusikern zur Lage des Musikunterrichts in Berlin, um einen Vertreter der Musikschulen zu erweitern.

An dieser Stelle der Diskussion wurde für mich wieder deutlich, dass die Aufgaben und Funktionen der Musikvermittlung aus der Perspektive des allgemein bildenden Unterrichts und der des Musikschulunterrichts sehr verschieden sind. Diese Unterschiede zeigen sich im Studium und der Ausbildung des jeweiligen Berufs, aber auch in den konkreten Berufsbedingungen.

Der Schulunterricht ist eine Pflichtveranstaltung, Musikschulen leben von der Freiwilligkeit ihrer Schüler, Schulunterricht findet in heterogenen Gruppen mit einem umfassenden und generalisierenden Verständnis von Musik statt, Musikschulunterricht wird in kleinen spezialisierten Ensembles bzw. im Einzelunterricht gegeben. Im Schulunterricht wird die Schülerleistung benotet, im Instrumentalunterricht nicht. Diese sind wesentliche Unterschiede und eine Reihe weiterer könnten noch benannt werden.

Es lohnt sich, hierüber weiterhin im Gespräch zu bleiben und entsprechende schul- und kulturpolitische Forderungen an den Senat und die Parteien zu stellen.

Die Debatte hierüber ist erst in ihren Anfängen und sollte auf der Ebene des LMR weiterhin geführt werden.